
Vertreter der Bildungsgewerkschaft GEW berichteten:

Dramatische Veränderung der Schullandschaft schon im Gange

Ravensburg - Es wird ernst: Mindesten 30 Hauptschulen im Landkreis Ravensburg und im Bodenseekreis sind von Schließungen und Teilauflösungen betroffen. Dies berichteten die Vertreter der 2400 GEW-Mitglieder aus beiden Kreisen bei einer Tagung in Ravensburg. Teilweise seien die Schließungen schon vollzogen, teilweise neu beschlossen und anderen Hauptschulen drohe in Bälde ihre Auflösung. Oftmals seien diese Schulen bestens ausgestattet, erst vor wenigen Jahren renoviert oder sogar erweitert worden. Andererseits platzen in den Städten die Realschulen und Gymnasien aus allen Nähten und sie müssen erweitert bzw. es müssen Container aufgestellt werden, um die Schüler aufnehmen zu können.

Gründe für diese Schließungen sind (noch) nicht so sehr der allgemeine Schülerrückgang, sondern das veränderte Übergangsverhalten nach der 4. Klasse der Grundschule. So wechselten im Sommer 2008 im Landkreis Ravensburg nur noch 28 % der Viertklässler auf die Hauptschule, im Bodenseekreis waren es nur noch 23,5 %. Beratungslehrkräfte aus der Region berichteten von teilweise äußerst schwierigen Gesprächen mit Eltern, deren Kinder „nur“ eine Hauptschulempfehlung erhalten hätten. „Das ging so weit, dass ich massiv bedroht wurde, weil ich bei meiner Hauptschulempfehlung für ein Kind blieb“, schilderte ein Teilnehmer seine Erfahrungen. Landesweit wurde im vergangenen Sommer fast jede vierte Hauptschulempfehlung von Eltern angefochten.

„Wenn die Schulpolitik sich nicht grundsätzlich ändert, werden sämtliche weiterführenden Schulen auf den Dörfern und in vielen Stadtteilen schließen müssen, auch die, die jetzt noch gut da stehen!“ äußerte ein Vertreter einer - noch - kerngesunden Werkrealschule. Beschleunigt werde dieser Trend durch die Absicht, die Werkrealschulen grundsätzlich mindestens zweizügig zu führen und eng mit den Berufsfachschulen zu verzahnen.

„Dieser bildungspolitische Kahlschlag auf den Dörfern und in vielen Stadtteilen müsste nicht sein, wenn Baden-Württemberg endlich damit aufhören würde, die Kinder schon frühzeitig auf drei und mehr verschiedene Schularten zu verteilen“, betonte der Kreisvorsitzende Fritz Erb und nannte damit die eigentliche Ursache des Schulsterbens auf dem flachen Land und in den Städten. Dabei müsse man sich immer wieder vor Augen führen, dass unser System mittlerweile weltweit einzigartig ist und international längst andere Wege gegangen werden. Schon Anfang der Neunziger Jahre, als die Schülerzahlen an den Hauptschulen noch stabiler waren, habe die GEW eine Änderung der Schulpolitik gefordert mit dem Ziel, den Abwanderungstendenzen entgegen zu wirken. Viele Anträge (auch aus der Region) auf Schulversuche mit dem Ziel, längeres gemeinsames Lernen in engagierten Schulen zu erproben, seien allesamt abgelehnt worden.

Die Bildungsgewerkschaft beschloss, sich im Kommunalwahlkampf im Frühjahr mit hochkarätigen Veranstaltungen zur Bildungspolitik zu Wort zu melden. So sollen Erfahrungen aus anderen Bundesländern aufzeigen, wie mit integrativen Schulmodellen der Schülerabwanderung erfolgreich begegnet werden kann. Darüber hinaus werden zukunftsweisende Konzepte für Schulen im ländlichen Raum vorgestellt und renommierte Erziehungswissenschaftler und ehemalige Schulamtsdirektoren werden ihre Sichtweisen und reichhaltigen Erfahrungen in die Diskussion einbringen. „Ziel ist es, für alle Betroffenen und Beteiligten – Schüler, Eltern, Lehrer und Verantwortliche in den Gemeinden – sichtbar zu machen, dass es zukunftsgerichtete und den Bedürfnissen der Kommunen dienliche Alternativen zu der unverantwortlichen Kahlschlagpolitik der baden-württembergischen Landesregierung gibt!“, schloss Fritz Erb die Veranstaltung.